

STELLENANGEBOT

wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in (w/m/d) der Geschäftsstelle

Das Bundesministerium der Justiz sucht zur zeitweiligen Verwendung bei der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter mit Sitz in Wiesbaden eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in (w/m/d) der Geschäftsstelle.

Bewerbungsfrist 12. Mai 2023

Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter ist Deutschlands unabhängige Einrichtung für die Wahrung menschenwürdiger Unterbringung und Behandlung im Freiheitsentzug nach dem Zusatzprotokoll zur UN-Antifolterkonvention.

Die Nationale Stelle besteht aus einer unabhängigen Expertenkommission, besetzt mit ehrenamtlichen Mitgliedern. Unterstützt werden die Mitglieder von einer hauptamtlichen, interdisziplinär besetzten Geschäftsstelle, die organisatorisch der Kriminologischen Zentralstelle e.V. in Wiesbaden angegliedert ist. Die Hauptaufgabe der Geschäftsstelle besteht in der inhaltlichen und organisatorischen Vor- und Nachbereitung sowie der Begleitung von Besuchen an Orten der Freiheitsentziehung. Sie ist zudem zuständig für die Bearbeitung von Fragestellungen in allen Zuständigkeitsbereichen der Nationalen Stelle, wissenschaftliche Recherchen und Veröffentlichungen, die Verfolgung (inter-)nationaler Entwicklungen im Aufgabenbereich der Stelle, die Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnerorganisationen, die Organisation von Veranstaltungen sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Zum Verantwortungsbereich der zukünftigen Stelleninhaberin / des Stelleninhabers wird insbesondere die Unterstützung der Mitglieder der Nationalen Stelle durch Wahrnehmung von Aufgaben mit internationalem Bezug gehören. Hierzu zählen die Kontaktpflege mit Einrichtungen ähnlicher Zielsetzung, die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern - vor allem dem UN-Unterausschuss zur Verhütung von Folter (SPT) und dem Europäischen Ausschuss zur Verhütung von Folter (CPT) -, die Teilnahme an internationalen Tagungen und Konferenzen und ggf. auch die Mitarbeit bei der Ausrichtung von internationalen Tagungen mit anderen Nationalen Präventionsmechanismen zum Erfahrungsaustausch und best-practice-Vergleich. Dazu kommt ggf. auch die Mitarbeit bei der Beauftragung von Gutachten und Forschungsvorhaben etwa zur Frage der Behandlung psychisch erkrankter Personen im Vollzug, den völkerrechtlich vorgegebenen Standards oder zu Anforderungen bei internationalen Tätigkeiten (z.B. Begleitung von Abschiebungsflügen).

Wir suchen ...

eine Persönlichkeit mit überdurchschnittlichem Hochschulabschluss. Praktische Erfahrungen aus für den Bereich Menschenrechte dienlichen Fachrichtungen wie Strafjustiz oder -vollzug, Polizei, Altenpflege oder psychiatrische Pflege sind von Vorteil. Erforderlich sind Kenntnisse des internationalen Menschenrechtsschutzsystems sowie Englischkenntnisse in Wort und Schrift. Vorausgesetzt wird die Bereitschaft zu regelmäßigen mehrtägigen Dienstreisen. Erwartet werden Selbstständigkeit, Eigeninitiative und Freude am Umgang mit Menschen unterschiedlichster Herkunft.

Wir bieten ...

... eine spannende und abwechslungsreiche Tätigkeit in der nationalen und internationalen Menschenrechtsarbeit. Die Stelle ist teilzeitgeeignet. Das Bundesministerium der Justiz hat sich die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen und die Förderung von Diversität zum Ziel gesetzt. Von schwerbehinderten Menschen wird nur ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt.

Die Stellenausschreibung richtet sich ausschließlich an Personen, die bereits unbefristet (als Tarifbeschäftigte oder Beamte) im öffentlichen Dienst tätig sind (Entgeltgruppe E 13 bis E 15 bzw. Besoldungsgruppen A 13 bis A 15 oder R 1). Die Verwendung bei der Nationalen Stelle erfolgt im Wege der Abordnung an das Bundesministerium der Justiz und der gleichzeitigen Zuweisung zur Verwendung bei der Nationalen Stelle in Wiesbaden. Der Einsatz ist für eine Tätigkeitsdauer von zwei bis drei Jahren angelegt.

Fühlen Sie sich angesprochen?

Dann teilen Sie uns Ihr Interesse mit durch Übersendung eines Anschreibens und eines Lebenslaufs - per E-Mail an bewerbung@bmj.bund.de - vorzugsweise **bis zum 12. Mai 2023** an das

Bundesministerium der Justiz
Referat Z A 1
Mohrenstraße 37
10117 Berlin.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen im Bundesministerium der Justiz das Personalreferat für den höheren Dienst (Herr Dr. Stühmer, Tel.: 030/18 580-9711, Herr Gerberding, Tel.: 030/18 580-9456) und bei der Nationalen Stelle die Leitung der Geschäftsstelle (Frau Dr. Teweleit, Herr Illgner, E-Mail: info@nationale-stelle.de, Tel.: 0611/160 222 8 18) zur Verfügung.

Wir verarbeiten im Zusammenhang mit Bewerbungsverfahren ausschließlich solche personenbezogenen Daten, die für das konkrete Auswahlverfahren erforderlich sind. Weitere Informationen finden Sie unter www.bmj.de/datenschutzbelehrung-bewerbungsverfahren.

https://www.bmj.de/SharedDocs/Stellenangebote/DE/200809_Wissenschaftlicher_Mitarbeiter.html